

Protokolleintrag vom 16.03.2011

2011/70

Erklärung der SP-Fraktion vom 16.03.2011: Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Voranschlag 2011 - Finanzpolitischer Ausnahmezustand ohne Grund

Seit Dezember ist die Stadt Zürich im finanzpolitischen Ausnahmezustand: Eine bürgerliche Koalition unter der Führung der SVP hat die Rückweisung des Budgets beschlossen. Damit einher ging der Auftrag an den Stadtrat, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dieser Auftrag war ausschliesslich ideologisch motiviert – denn die Finanzen der Stadt Zürich sind kerngesund. Ende 2010 verfügte die Stadt Zürich immer noch über ein Eigenkapital von über 720 Millionen. Ab spätestens 2013 werden wieder schwarze Zahlen geschrieben. Die bürgerliche Kürzungscoalition aus SVP, FDP, GLP, CVP und EVP hat während des gesamten Prozesses keine substantiellen Vorschläge dazu gemacht, auf welche Leistungen die Stadt künftig verzichten soll. Im Gegenteil: Bei jeder Kürzung, die kommuniziert wurde, teilten Exponenten der Bürgerlichen in den Medien mit, genau diese hätten sie jetzt nicht gemeint. Das Ziel ist ebenso klar, wie die Strategie durchsichtig: Die Bürgerlichen wollen ihre Budgetverantwortung an den Stadtrat abschieben, um ihn nun für die schmerzhaften und unpopulären Einschnitte verantwortlich zu machen. Der Stadtrat hat indes mehrmals klar dargelegt, dass das nun vorliegende Budget von der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit erzwungen worden ist und er die Kürzungen gegen seinen Willen vornehmen musste.

Ab heute kann sich die bürgerliche Kürzungscoalition nicht mehr vor der Verantwortung drücken. Wenn sie heute (und in einer Woche) die Wiederaufstockungsanträge von SP, Grünen und Alternativen allesamt ablehnen, tragen sie alleine die Verantwortung dafür, dass die Realisierung des Hardturmstadions ausgerechnet jetzt ein Jahr aufgeschoben wird, dass 15 Polizeistellen an der Front nicht besetzt werden können, dass in der Frauenklinik im Triemli Engpässe entstehen, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit und damit bei den Ärmsten dieser Welt gekürzt wird, und dass die PWG keine Abschreibungsbeiträge erhält und damit ihren Auftrag, günstige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Zürich zu erhalten, nicht erfüllen kann. SVP, FDP, GLP, CVP und EVP sind verantwortlich dafür, dass in den Altersheimen keine Unterhaltungsnachmittage mehr durchgeführt werden können und dass das städtische Personal in diesem Jahr keine Lunch-Checks erhält. Für das Total der Kürzungen, die Personal und Bevölkerung treffen, trägt allein die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit die Verantwortung – ebenso wie für den entstandenen Imageschaden für Zürich.

Die SP hat die Rückweisung des Budgets und den damit verbundenen Abbauauftrag bereits im Dezember entschieden abgelehnt. Angesichts der verbesserten Ertragssituation ist der erzwungene Finanznotstand umso grotesker. Denn bekanntlich hat neben dem Kanton Zürich auch in der Stadt Zürich die Rechnung 2010 weitaus besser abgeschnitten als ursprünglich budgetiert. Gerade vor diesem Hintergrund mutet es eigenartig an, dass die bürgerliche Mehrheit ihre Budgethoheit so einfach aus der Hand gibt: Zwar hat man versprochen, das neue Budget genau zu prüfen, um unter Umständen Korrekturen anzubringen und die Diskussion darüber zu lancieren, welche Ausgaben nötig sind und welche nicht – eine konstruktive Diskussion, für die wir uns immer offen gezeigt haben, hat bis heute jedoch nicht stattgefunden. Die SP hat mehrmals den Dialog angeboten und einen substantiellen Kompromiss vorgeschlagen, jedoch vergeblich. Heute wissen wir: Die bürgerliche Ankündigung, die neue Ausgangslage genau zu prüfen, war nichts anderes als ein Lippenbekenntnis. Was bleibt, ist die bürgerliche Politik der leeren Kassen, die staatliche Leistungen für die Bevölkerung reduzieren will, um danach die Steuern für einige Wenige zu senken. Dass dies die Politik von SVP und FDP ist, wissen wir. Dass die Mitte-Parteien diesem Kurs so unkritisch folgen, nehmen wir mit Befremden zur Kenntnis. Die Fraktionspräsidenten der bürgerlichen Kürzungscoalition haben untereinander schriftlich ein Versprechen abgegeben, das verlangte neue Budget unbesehen durchzuwinken. Ihr Versprechen an die eigenen Wählerinnen und Wähler, sich für das Wohl der Stadt Zürich einzusetzen, haben sie offensichtlich vergessen.

Die SP bleibt dabei: Die Kürzungen sind unnötig, beschneiden auf spürbare Weise wichtige Leistungen für die Stadtzürcher Bevölkerung und demotivieren das städtische Personal. Zudem bewirken zahlreiche der geplanten Massnahmen keine wirklichen Aufwandminderungen, da sie lediglich eine Verschiebung von Ausgaben darstellen, womit letztlich teilweise gar eine Verteuerung einzelner Aufgaben in Kauf genommen wird. Trotz kerngesunder städtischer Finanzen werden so die Standortqualität, die Umsetzung von Volksentscheiden und die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin mutwillig gefährdet. Und obwohl sich die Stadt Zürich nun über Jahre mit einer weitsichtigen Finanzpolitik ein grundsolides Eigenkapital aufgebaut hat, also im eigentlichen Wortsinn „gespart“ hat, wohnen wir heute bereits zum zweiten Mal einem von bürgerlicher Seite inszenierten Trauerspiel bei, bei dem es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben wird: Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich.